



GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 44. 30. Jahrg.

2. Novemb. 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: An die Ortsvorstände und die Vertrauensleute! Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1916. Rundschau. - **Allgemeines:** Ortsberichte: Berlin I und III, Lithographen und Steindrucker. Leipzig, Allgemeine Versammlung. - **Photographischer Mitarbeiter:** Die Auflösung der Münchener Photographen-Zwangsinnung. - **Totenliste.** - **Anzeigen.**

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1916. *)

Das törichte Beginnen der Unternehmerrzeitungen, frohlockend auf den *Mitgliederverlust der Arbeiterorganisationen* hinzuweisen, zeigt uns, daß in jenen Kreisen jedes Verständnis für die Ursachen dieser Erscheinung fehlt, oder Böswilligkeit die Kritik beeinflußt. Wie der Krieg in manchen anderen Dingen uns zu einer Änderung unseres Urteils genötigt hat, so auch in bezug auf die der Gesellschaft mit privatkapitalistischer Produktion innewohnenden wirtschaftlichen Kräfte. Als eine solche vielfach auch in Arbeiterkreisen unterschätzte wirtschaftliche Kraft haben sich die Gewerkschaften erwiesen.

Bei dem ungeheuren Bedarf an Menschen in diesem Kriege, kann der weitere Rückgang der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften im Jahre 1916 ohne weiteres verständlich erscheinen. Der Tiefstand der Bewegung scheint jedoch mit dem Schluß des Berichtsjahres erreicht zu sein. Mit dem ersten Vierteljahr 1917 beginnt die Zunahme der männlichen Mitglieder und die Erhöhung des Gesamtbestandes der Gewerkschaften. Von 2482046 Mitgliedern im 2. Quartal 1914 waren am Schluß des 4. Quartals 1916 nur noch 934784. Das ist ein Verlust von 1530253. Während noch die Zahl der männlichen Mitglieder im Laufe des Jahres 1916 zurückging, stieg bereits die weibliche Mitgliederzahl um 23582. Dagegen ist im ersten Halbjahr 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder um 82521 gewachsen. Dieses erfreuliche Ergebnis überstieg die Erwartungen.

Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühevoller Arbeit, ohne Entschädigung aufrecht erhielten. Auf den Verlust dieser für die Gewerkschaften Tätigen ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zurückzuführen. Während der Kriegszeit ist die Zahl der Zweigvereine um 2439, von 11707 auf 9268 zurückgegangen. Da auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten in den drei Kriegsjahren um mehr als die Hälfte geringer geworden ist, sie ging um 1598, von 2867 Mitte 1914 auf 1269 Ende 1916, zurück, so ist es nur unter den größten Mühen möglich, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder war in den ersten eineinhalb Jahren des Krieges gleichfalls wesentlich zurückgegangen, obgleich bei der Anfang 1915 einsetzenden regen

Geschäftstätigkeit die Frauen in größerem Maße zur Erwerbstätigkeit herangezogen wurden. Die Gründe für diese eigentlich auffallende Erscheinung sind in dem Berichte für das Jahr 1914 darzustellen versucht. Die Zahl der weiblichen Mitglieder fiel im vierten Quartal 1915 auf 169907. Damit war der Tiefstand während der Kriegszeit erreicht. In jedem Quartal des Jahres 1916 zeigte sich von da ab eine Zunahme der weiblichen Mitglieder. Am Schluß des zweiten Quartal 1917 war die Zahl auf 256196 gestiegen. Damit

An die Ortsvorstände und die Vertrauensleute!

Wie wichtig die *Graphische Presse* für unsere Kollegen ist, beweist uns das zur Zeit besonders lebhafteste Streben, allerorts die Löhne auf eine ausreichende Höhe zu bringen. Was heute in einem Orte erreicht wird, dient morgen in einem anderen als Mahnruf und Anfeuerung, es jenen gleich zu tun. Ohne die lebendige wöchentliche Übersicht in unserer Fachpresse wären wir den Gegenrunden der Unternehmer gegenüber viel machtloser, als es so der Fall ist. Darum Kollegen sorgt dafür, daß unsere *Graphische Presse* nicht achtlos liegen bleibt! Nur Denkmale lesen keine Zeitung! Ein intelligenter Mensch, ein echtes Kind des 20. Jahrhunderts kann nicht wie ein Höriger des Mittelalters auf die Lektüre der Zeitung verzichten. Unbedingt wichtig ist aber, daß wir der Papierknappheit insoweit Rechnung tragen, als wir überzählige Exemplare abbestellen. Teilt darum der Expedition der *Graphischen Presse*, die am Kopf dieses Blattes verzeichnet ist, die genaue Anzahl der jetzt benötigten Zeitungen mit.

ist die höchste bisher in den Gewerkschaften vorhandene Zahl weiblicher Mitglieder erreicht. Es muß anerkannt werden, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich um die Gewinnung weiblicher Mitglieder lebhaft bemühen. Doch die Sorgen um die Nahrungsmittelbeschaffung, um die Aufrechterhaltung des Hausstandes lassen die Arbeiterinnen nicht zu jener Anteilnahme an dem Organisationsleben kommen, die Voraussetzung für den Beitritt zur Gewerkschaft ist. Um dieses Interesse zu erwecken und wachzuhalten, haben mehrere Verbände Frauenbeilagen zu den Verbandsorganen herausgegeben. Daneben erscheint die *Gewerkschaftliche Frauenzeitung*, die bereits eine Auflage von 130000 Exemplaren hat. Diese schriftliche Aufklärung ersetzt nicht vollkommen die mündliche. Die Hindernisse, die einer solchen sich heute bieten, sind groß. Sie zu überwinden ist unabwendbare Notwendigkeit.

Im Jahre 1913 hatten die Verbände eine *Gesamteinnahme* von 82005580 Mk., die im

folgenden Jahre auf 70871954 Mk., im Jahre 1915 auf 41503227 Mk. und 1916 auf 34027248 Mk. zurückging. Angesichts des vorstehend geschilderten Rückganges der männlichen Mitglieder ist diese Verminderung der Einnahmen selbstverständlich. Im Jahre 1914 war die Einnahme an Beiträgen noch 52652892 Mk., 1916 kamen nur 24729158 Mk. an Beiträgen ein. In gleicher Weise ging die Einnahme an örtlichen Beiträgen zurück. Es dürfte sich dies in der Hauptsache daraus erklären, daß die Mitglieder zur Zahlung höherer örtlicher Beiträge herangezogen werden mußten, um die Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate erhalten zu können. Ganz gelang es nicht, aus den Beiträgen an die Gewerkschaftskartelle die erforderlichen Ausgaben zu decken. Aus der Kasse der Generalkommission mußten 1916 hierfür noch 75800 Mk. gezahlt werden. Im allgemeinen muß die Einnahme der Verbände als befriedigend angesehen werden, zumal eine Erhöhung der Verbandsbeiträge nicht eingetreten ist.

Die *Gesamtausgabe*, die 1914 sich auf 79547272 Mk. belief, ging auf 34938864 Mk. im Jahre 1915 und auf 30074048 Mk. im Jahre 1916 zurück, obgleich einige Ausgabe-posten höher waren, als im Vorjahre. So stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2425033 Mk. auf 3664592 Mk., die für Streiks und Ausparungen von 35881 Mk. auf 104952 Mk. Beide Posten geben Veranlassung zum Nachdenken. Der erstere bestätigt die Annahme, daß die erfolgten Lohnsteigerungen die Mehrausgabe für Nahrungsmittel nicht decken. Der letztere beweist, daß die Unternehmer nicht immer geneigt sind, eine friedliche Regelung der Lohnbedingungen durchzuführen. Eine Verminderung trat bei der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 3485423 Mk. auf 1449133 Mk. ein. Im Jahre 1914 betrug dieser Ausgabe-posten 23718902 Mk.

Für die Familien der Kriegsteilnehmer konnten nur 5992064 Mk., gegen 8074085 Mk. im Vorjahre aufgewandt werden, obgleich die Zahl dieser Familien sich nicht verringert hat. Die sinkende Einnahme veranlaßte die Gewerkschaften, mehrfach diese Unterstützungen einzuschränken. Diese Einschränkung wurde in vielen Fällen dadurch erleichtert, daß die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer bei dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften, Arbeitsgelegenheit fanden.

Der *Vermögensbestand* der Gewerkschaften ist mit 67829137 Mk. für 1915 und mit 65845166 Mk. für 1916 angegeben. Er ist nicht vollständig, weil für beide Jahre die Angabe für den Metallarbeiter-Verband fehlt, der für 1914 berichtete, daß sein Vermögensbestand 16601230 Mk. betrug. Die Gründe, die den Verband veranlaßten, seinen Vermögensbestand nicht mehr anzugeben, sind in dem Bericht für 1915 dargestellt. Die daran geknüpfte Bemerkung, daß diese Gründe auch für die anderen Verbände gelten und fernerhin allgemein die Angabe des Vermögens der Gewerkschaften unterbleiben würde,

*) Aus dem Gesamtbericht der Generalkommission. Siehe Staatliche Beilage des *Korrespondenz-Blatt*, Nr. 3, vom 6. Oktober 1917.

war irrig. Alle anderen Organisationen sind nicht der Meinung, daß die Angabe des Vermögens bei den Unternehmern Schlüsse auf die Kampffähigkeit einer Gewerkschaft zulasse. Diese ist keinesfalls, wie die Erfahrung gelehrt hat, von dem in der Kasse vorhandenen Beträge abhängig. Deswegen wird auch ferner die, wenn auch durch Fehlen der Angabe des Metallarbeiter-Verbandes unvollständig über- sichtigt über das Vermögen der Verbände gegeben werden.

Die Mitgliederzahl der *Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften* ging von 61086 auf 57766 zurück. Dagegen ist die Zahl der Ortsvereine von 1859 auf 1895 gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 1753387 Mk., die Gesamtausgabe 1672232 Mk. Die letztere war für 1915 mit 1858668 Mk. um 186436 Mk. höher als im Berichtsjahre. Die Arbeitslosenunterstützung, die 495496 Mk. im Jahre 1914 erforderte, betrug 96548 Mk. im Jahre 1915 und 43936 Mk. im Jahre 1916. Die Streik- und Gemaßregelungenunterstützung, die 318642 Mk. im Jahre 1914 betrug, erforderte für 1916 nur 252 Mk.

Die Mitgliederzahl der *christlichen Gewerkschaften* stieg von 162425 auf 178907. Einbegriffen sind der Bayerische Postverband mit 10874 Mitgliedern und der Angestelltenverband mit 357, die im vorigen Jahre dem Gesamtverband beitraten. Die Gesamteinnahmen gingen von 3317847 Mk. auf 2231432 Mk. zurück. Die Gesamtausgaben verringerten sich von 3505807 Mk. auf 3901243 Mk. Der Vermögensbestand erhöhte sich um 1305160 Mk. von 7545376 Mk. auf 8850536 Mk. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung hat sich auch bei den Christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Vorjahre verringert. Sie betrug 187140 Mk. und 129285 Mk., während sie 1914 die Summe von 877011 Mk. erforderte. Für sonstige Unterstützungen wurden statt 466954 Mk. im Jahre 1914 und 870950 Mk. im Jahre 1915, nur 376992 Mk. im Jahre 1916 ausgegeben. Die anderen Ausgaben blieben in den letzten beiden Jahren in ziemlich gleicher Höhe. Nur für die Verbandsblätter mußten rund 50000 Mk. mehr auszugeben werden, was auf die erhöhten Druck- und Papierpreise zurückgeführt wird.

Für die sogenannten *unabhängigen Vereine* liegt ein Bericht nicht vor. Das statistische Jahrbuch bringt einen Bericht überdies stets für ein Jahr zurückliegend. Wenn es erscheint, wird es uns nur die Ziffern für 1915 bieten können. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereinigungen war 1914 mit 205360 angegeben. Wenn auch diesen Vereinen gewerkschaftlicher Charakter nicht abgesprochen werden kann, so werden sie im gewerkschaftlichen Kampfe doch keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerkvereine und Christliche Gewerkschaften hatten 1916 insgesamt 1187953 Mitglieder gegen 1383582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust beträgt 195629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39012067 Mk., die Ausgaben auf 34647623 Mk. Der Kassenbestand betrug 76652183 Mk. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß bei den Zentralverbänden die Mitgliederzahlen des Verbandes der Hausangestellten (3651) und der Landarbeiter (7167) nicht eingerechnet sind. Bei den Einnahmen und Ausgaben der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine sind die der selbständigen Kranken- und Begräbniskassen eingerechnet. In der Angabe des Vermögensbestandes der Zentralverbände fehlt der Betrag für den Metallarbeiterverband, der sich 1914 auf 16601230 Mk. belief.

Der Mitgliederbestand der drei Gewerkschaftsgruppen war in den Jahren 1900 bis 1916:

	Zentral- ver- bände	H.-D. Gewerk- vereine	Christliche Gewerk- schaften
1900	680427	91661	159770
1901	677510	96765	160772
1902	733206	102851	179799
1903	887698	110215	192617
1904	1052108	111889	207484
1905	1344803	117097	265032

1906	1689709	118508	320248
1907	1865506	108889	354760
1908	1831731	105633	264519
1909	1832667	108028	270751
1910	2017298	122571	295129
1911	2320986	107743	340957
1912	2530390	109225	344687
1913	2548763	106618	342785
1914	2052377	77749	282744
1915	1146359	66086	176137
1916	955887	57766	174300

Die rückläufige Bewegung im Mitgliederbestand der Gewerkschaften hat mit dem Schluß des Jahres 1916 aufgehört. Die christlichen Gewerkschaften haben bereits Ende 1916 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Bei den Zentralverbänden trat diese Anfang 1917 ein. Im Jahresdurchschnitt für 1916 hatten die drei Gewerkschaftsgruppen noch einen Mitgliederverlust von 195629. In den drei Kriegsjahren ging die Mitgliederzahl insgesamt um 1810313 zurück. Die Zentralverbände hatten einen Verlust von 1592276, die Gewerkvereine von 48852 und die christlichen Gewerkschaften von 168485 Mitgliedern. Abgesehen von einem Verlust an weiblichen Mitgliedern im ersten Kriegsjahre, der für die Gesamtzahl kaum in Betracht kommt und dem Eingehen von Zweigvereinen in dem unmittelbaren Kriegsgebiet, ein Mitgliederverlust, der gleichfalls von geringem Gewicht ist, sind die als ausgeschieden bezeichneten Mitglieder zum Heeresdienst berufen worden. Wer aus diesem Mitglieder-rückgang beweisen will, daß die Gewerkschaften an Bedeutung und wirtschaftlichem Einfluß verloren hätten, verhöhnte diejenigen, die ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande tun, Leben und Gesundheit geopfert haben und noch opfern, um denen Existenz und Kapitalbesitz zu sichern, die glauben, bei dem gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung darauf drängen zu können, die Gewerkschaften von der Mitbestimmung im öffentlichen Leben auszuschließen.

Rundschau.

Was muß geschehen, damit nach Friedensschluß der Arbeitsmarkt auf den dann zu erwartenden Ansturm von Arbeitsuchenden vorbereitet ist? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine von der *Kriegswirtschaftlichen Vereinigung* in Berlin veranstaltete Konferenz, an der Vertreter der Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und der sozialen Hilfsarbeit teilnahmen. Die Verhandlungen waren eine Kundgebung für schleunige Vorbereitung der Maßregeln zur Verhütung von Notständen, aber auch von unproduktiver Notstandsaktion. Der Referent Prof. Dr. R. Willbrandt-Tübingen betonte die Schwierigkeit des Problems. Zu lösen sei das noch nie dagewesene Problem der Unterbringung vieler Millionen Krieger, die in die Heimat zurückkehren, verändert an Leib und Seele und an Leistungsfähigkeit, doch gleich geblieben an Bedürfnissen, verlangend nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, suchend nach Arbeit. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften behandelte Genosse Umbreit die Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. Der Mangel an Planmäßigkeit habe nach Kriegsausbruch bei der Umstellung der Industrie uns bittere Erfahrungen gekostet. Rechtzeitig sei die Erkenntnis gekommen, daß auch die Überleitung zur Friedenswirtschaft einer planmäßigen Vorbereitung bedarf. Die deutschen Gewerkschaften waren es, die nachdrücklich hierauf hinwiesen. Sie fordern, daß kein Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß noch länger als nötig beim Heere zurückbehalten wird. Die Arbeitsbeschaffung für die Masse der Entlassenen werde sich natürlich nicht auf allen Gebieten gleichzeitig durchführen lassen. Unterscheiden müsse man zwischen einstweilen noch entbehren Arbeit und notwendigen, die zuerst zu berücksichtigen seien. Zu diesen gehören zum Beispiel die Landwirtschaft und das für die Wohnungsherstellung wichtige Bauwesen. Auf die Arbeitsbeschaffung sei selbstverständlich das Hauptgewicht zu legen, aber die Gewerkschaften können, erklärte Umbreit, auch auf die Arbeitslosenunterstützung nicht verzichten. Diese Aufgabe solle nicht wieder den Gewerkschaften überlassen bleiben, wie es bei Kriegsausbruch gewesen sei. Abgesehen von der den Gemeinden auferlegenden Pflicht, hier einzugreifen, müsse endlich im Reich eine Arbeitslosenunterstützung kommen.

Eine teure Verwaltung. Die Photographen-Innung (Zwangsinnung) zu Berlin, versendet soeben ihren Haushaltsplan für das Jahr 1918. Er balanziert mit einer Summe von 7300 Mk. in Einnahme und Ausgabe. Sieht man sich diese Aufstellung näher an, dann offenbart sie einen ganz unverhält-

nismäßig hohen Satz rein persönlicher Verwaltungsunkosten. Wir stellen daraus untereinander:

Entschädigung für die Sekretärin	1440,—	Mk.
Teuerungszulage	240,—	"
Entschädigung für die Beauftragten	400,—	"
Ausschuß- und Vorstandssitzungen	180,—	"
Entschädigung für den Vorsitzenden	1200,—	"
	3460,—	Mk.

In der Einnahme von den 7300 Mk. finden wir aber noch einen Posten mit >1500 Mk. Zuschläge zu den Beiträgen pro Mitglied halbjährlich 1,50 Mk. infolge Beitritts zum Zentralverband, der in Ausgabe in gleicher Höhe erscheint, also lediglich Durchgangsposten ist. Es bleiben demnach als Einnahme nur 5800 Mk. übrig. Die rein persönlichen Verwaltungsausgaben nehmen somit nicht weniger als 59,6 Proz. von der reinen Einnahme in Anspruch.

Der Kriegsblinde als Bildhauer. In der *Zeitschrift für Krüppelfürsorge* behandelte Prof. F. Luthmer-Frankfurt a. M. die Möglichkeiten, die sich für die Beschäftigung Kriegsbeschädigter im Kunstgewerbe eröffnen. Dabei weist er über folgenden interessanten Fall zu berichten: »Dem Frankfurter Ortsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat sich auch die Kunstgewerbeschule zur Verfügung gestellt. Dies würde schon früher geschehen sein, wenn nicht Bedenken bestanden hätten, ob die kunstgewerblichen Berufe geeignet wären, den durch Kriegsbeschädigung aus ihrer Lebensbahn Geworfenen sichere Aussicht auf eine durch nützliche und befriedigende Arbeit ausgefüllte Zukunft zu gewähren. Diese Bedenken sind in letzter Zeit durch eine tatsächliche Erfahrung zum Teil widerlegt worden, welche die Schule mit einem, durch einen Kopfschuß unheilbar erblindeten jungen Mann gemacht hat. Dieser, von Beruf Ziseleur, suchte bei dem Lehrer unserer Bildhauer-Fachklasse um die Gelegenheit nach, sich in plastischen Arbeiten zu versuchen. War schon ein erster Versuch, den er mitbrachte, die aus dem Gedächtnis modellierte Wiederholung eines früher von ihm kopierten Reliefkopfes nach Donatello in hohem Grade überraschend, so erweckten die weiteren Arbeiten, die er unter Leitung von Prof. Hausmann ausführte, die Überzeugung, daß es möglich ist, beim Bildhauer das Augenlicht durch den Tastsinn zum großen Teil zu ersetzen. Allerdings müssen dafür, wie in dem vorliegenden Falle, die günstigsten Vorbedingungen zusammenreffen: eine bis zu gewissem Grade abgeschlossene Ausbildung in dem Beruf vor der Verletzung, große Begabung und vor allem ein ungewöhnlich starker Wille zum Erfolg, der hier in einer ungebrochenen, dem Unglücksfall überdauernden Lebenskraft wurzelt. Es ist heute noch schwer zu sagen, in welcher Weise dieser Blinde, der zunächst als Schüler dauernd in die Kunstgewerbeschule aufgenommen ist, den sicher vorauszusehenden Erfolg seines Studiums verwerten wird. Allgemein wird man sich aber der Überzeugung nicht verschließen, daß für Blinde die Beschäftigung mit plastischen Arbeiten im Bereich der Möglichkeit liegt, wenn sich in irgendeiner Weise an deren frühere Beschäftigung anknüpfen läßt.«

Aus dem Auslande.

Der Mangel an Rohmaterial. Die Arbeitslosigkeit in den drei skandinavischen Ländern macht sich bereits recht fühlbar. Da eine Besserung in den Zufuhren von Rohstoffen für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist, dürfte die Anzahl von Betrieben, die wegen Mangel an solchen Stoffen und Brennmaterial gänzlich oder teilweise schließen müssen, in der nächsten Zeit eine ziemlich bedeutende sein. Die Erwerbsmöglichkeiten für eine große Zahl skandinavischer Arbeiter scheinen daher in diesem Herbst und Winter sehr gering zu werden. Zu Englands Maßnahmen, zur Verhinderung der Zufuhr von notwendigen Rohwaren, ist nun auch noch Amerika hinzugekommen, das darauf auszugehen scheint, den paar übriggebliebenen Neutralen Europas das Leben so hart wie möglich zu gestalten. Von den größeren Industrien, die in Skandinavien seit längerer Zeit am meisten zu leiden haben, sind u. a.: die Textilindustrie in Schweden und Dänemark, die Konservenindustrie in Norwegen (wegen Mangel an Blei), die Margarineindustrie aller drei Länder, die Sägewerkindustrie Schwedens (Mangel an Schmirgel) und mehrere Zweige der Metallindustrie, die auf Kupfer, Nickel, Zinn angewiesen sind. Es kommen noch viele kleinere und größere Betriebe der verschiedensten Industrien der drei Länder hinzu, die allmählich lahmgelegt werden müssen.

Lage des holländischen Arbeitsmarktes. Auch aus Holland werden über ähnliche Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt berichtet. In der Mehrzahl der Industrien ist ein Rückgang zu verzeichnen. Große Schwierigkeiten verschiedenster Art waren die Ursache zahlreicher Arbeitszeitverkürzungen, Personalreduktionen und des Stilllegens von ganzen Fabriken. In manchen Industrien herrscht Arbeitslosigkeit, in anderen dagegen Überangebot von angelernten Arbeitskräften. Sehr ungünstig ist noch die Lage im Porzellan- und Steingutgewerbe. Die Pfeifenfabrikation hatte noch genügend Arbeit obwohl bedeutend weniger als im Vorjahr. Die Flaschenfabrikation steht etwas schlechter als im vorangegangenen Trimester. Fensterglasfabrikation lag durch den Kohlenmangel vom 1. April bis gegen Ende Juli vollkommen darnieder. Die Kunstst-

fabrikation wurde am 1. Juli eingestellt, das Personal auf ein Fünftel reduziert. Die Diamantindustrie leidet noch immer schwer unter der Behinderung der Schifffahrt. Es herrscht noch 51,42% Arbeitslosigkeit. Das Baugewerbe hat sich etwas gehoben trotz der hohen Preise und des Mangels an Baumaterialien. In den chemischen Industrien kann die bedeutende Nachfrage aus Mangel an Rohmaterialien nicht befriedigt werden. Ebenso in den anderen Industrien.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Berlin I und III, Lithographen und Steindruckere. Am 17. Oktober fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung beider Filialen statt, die lediglich besucht war. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten gedachte Kollege Haß in warm empfundenen Worten jener Kollegen, die dem Verbandsverbande ununterbrochen 25 Jahre angehören und ihm die Treue, auch in sturmbelegten Zeiten, bewahrt haben. Er forderte die Kollegen auf, die Jubilare als Vorbild nehmend, in der gleichen Weise zum Verbandsverbande zu stehen und alle Kräfte anzuspannen, um das begonnene Werk auszubauen zum Wohle der Kollegenschaft und des gesamten Gewerbes. Im Anschluß hieran gelangten die Erinnerungsblätter an die Verbandsjubilare zur Ausgabe.

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem Thema: »Organisatorische Maßnahmen für unser Gewerbe für die Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft«. Kollege Haß hatte das Referat übernommen und führte aus, daß nach dem Kriege uns die Aufgabe erwachse, auf einem wirtschaftlichen Trümmerfeld unser Gewerbe und die Volkswirtschaft mit aufzubauen zu helfen. Verfehlt sei der Gedanke, an dem am 1. August 1914 Vorhandengewesenen, wieder anknüpfen zu können. Es sei dann mit ganz andersgearteten Verhältnissen zu rechnen, die der Weltkrieg geschaffen habe. Ein Eingreifen des Staates sei für die Übergangszeit nicht zu vermeiden und unbedingt nötig, um einige Ordnung in die Dinge zu bringen. Die Schwerindustrie wehre sich recht kräftig gegen ein solches Eingreifen des Staates und verlangt Freiheit des Handelns. Für die kommende Zeit müsse für die Produktion das Gemeinschaftsinteresse maßgebend sein. Als Arbeiter haben wir die Pflicht, einig und geschlossen unsere Interessen zu vertreten, sonst kommen wir dabei zu kurz. Als Angehörige eines ausgesprochenen Exportgewerbes müssen wir verlangen, daß bei Abschluß künftiger Handelsverträge unsere Produkte nicht als »nur« Kompensationsobjekt behandelt werden. Eine Zollbelastung bis zu 164 Prozent des Wertes, kann das Gewerbe in Zukunft nicht ertragen, wenn es seine frühere ausschlaggebende Stellung auf dem Weltmarkt wieder erlangen soll. Bezüglich der Rohstoffbeschaffung müssen wir darauf drängen, als Exportgewerbe mit bevorzugt zu werden, was auch in der Richtung einer Besserung der deutschen Valuta liegt. Die Eroberung des Weltmarktes hängt eng zusammen mit der Qualität der Erzeugnisse und müssen wir bestrebt sein, beste Qualitätsware anzufertigen. Soweit dabei der Arbeiter als Produzent in Frage kommt, sind geregelte Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne eine Hauptbedingung. Unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckerebesitzer lassen die Befürchtung aufkommen, daß er den Lebensverhältnissen der Kollegen auch nach dem Kriege ein geringes Verständnis entgegenbringen wird. Die Zukunft des Gewerbes hängt wesentlich von dem Befinden der Kollegenschaft ab. Eine Arbeiterschaft mit hungrigem Magen und erfüllt von Unbehagen über schlechte Arbeitsverhältnisse ist nicht imstande, eine wirkliche Qualitätsarbeit zu leisten, mit der der Weltmarkt wieder erobert werden kann. Allgemeine Unzufriedenheit verbürgt auch dem Gewerbe nicht die Ruhe, die es zu seinem Wiederaufbau so dringend benötigt. An der Einsicht der Unternehmer wird es liegen, ob das Gewerbe vor Erschütterungen bewahrt bleiben wird. Wir als Arbeiter sind bereit, und müssen es sein, mit ganzer Kraft am Wiederaufbau des Berufes mitzuarbeiten und erwarten, daß auch unsere Unternehmer geneigt sein werden, eine vernünftige Gewerbe- und Tarifpolitik zu betreiben. Die Voraussetzung dafür ist, daß der Schutzverband Deutscher Steindruckerebesitzer seine bisherige Stellung gegenüber der Kollegenschaft wesentlich ändert. Es würde für unser Gewerbe den größten Schaden bedeuten, wenn die Unternehmer uns gegenüber ihre bisherige ausgesprochene arbeitereindliche Taktik weiter befolgen würden. Platonische Redensarten können uns nichts nützen; es muß durch Taten bewiesen werden, daß man dem Arbeiter, das, was er zum Leben benötigt, auch zubilligt. Wir suchen nicht den Kampf und wollen dem Gewerbe den Frieden erhalten. Der Kampf wird vermieden durch Erfüllung unserer auf das allernotwendigste beschränkten Forderungen, die wir stellen müssen, um leben zu können. Eine Arbeitsgemeinschaft für das Deutsche Steindruckergewerbe, kann bei beiderseitigem Verständnis für die Erfordernisse des Gewerbes und seiner An-

gehörigen Gutes leisten und wäre erstrebenswert. Wenn es in anderen großen Berufsgruppen, wo bis vor dem Kriege sich Arbeiter und Unternehmer scharf gegenüberstanden, möglich war, Arbeitsgemeinschaften zu gründen und sie arbeitsfähig zu gestalten, so ist auch für unser Gewerbe die Vorbereitung dazu gegeben, wenn die Unternehmer den Willen dazu haben und dieser Frage Verständnis entgegenbringen. Nach dem Kriege wird die Anspannung der Arbeitskraft eine viel intensivere sein, als vordem und die gesteigerte Arbeitsleistung verlangt auch eine allgemeinere höhere Bewertung und einen größeren Schutz der Arbeitskraft. Die Arbeiterschaft ist die wichtigste Grundlage der Produktion und der Staat hat die Pflicht, deren Interessen wirkungsvoller als vor dem Kriege wahrzunehmen. Eine weitere wichtige Aufgabe haben wir zu erfüllen. Es gilt die über 10 000 zum Heere einberufenen Kollegen über die durch die Wirkungen des Krieges veränderten Verhältnisse aufzuklären und sie zu veranlassen, nach ihrer Entlassung sich dem Verbandsverbande sofort wieder anzuschließen. Diese schwere Arbeit muß geleistet werden und dazu brauchen wir die Mitarbeit aller Kollegen. Ferner gilt es auch an dem Aufbau des Verbandes mit voller Kraft zu arbeiten. Auch hier hat der Krieg uns blutige Wunden geschlagen und seine lange Dauer hat tiefgehende Nachwirkungen zur Folge. Wenn wir diese Nachwirkungen klar beurteilen können, werden wir uns damit beschäftigen; für heute genügt der einfache Hinweis. In kommender Zeit treten an uns Fragen von höchster Bedeutung heran, deren Lösung die geschlossenste Kollegenschaft zur Voraussetzung haben. Die Mitarbeit aller, strengste Disziplin, vollste Beachtung aller gefaßten Beschlüsse und unerschütterliche Verbandstreue sind das Gebot der Stunde.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde die Diskussion über den Vortrag bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden auf die etwaigen Folgen des Kohlenmangels hingewiesen und folgendes Entschließen einstimmig angenommen: »In Anbetracht des Kohlenmangels, der Beschränkung des Licht- und Kraftverbrauchs und den hierdurch zu erwartenden Betriebseinschränkungen, erklären die Berliner Lithographen und Steindruckere zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz die Erfüllung nachstehender Bedingungen als unbedingt notwendig: 1. bei Verkürzung der bisherigen Arbeitszeiten und tageweiser Betriebseinstellung darf eine Kürzung des Lohnes, der Teuerungss- und Kriegszulagen nicht erfolgen; 2. bei Einführung von durchgehenden Arbeitszeiten sind mindestens 1/4 Std. Frühstücks- und 1/2 Std. Mittagspause zu gewähren; 3. die Betriebe haben Einrichtungen zum Wärmen der mitgebrachten Speisen zu beschaffen. Die Versammelten verpflichten sich mit aller Energie für die Erfüllung obiger Bedingungen einzutreten und erwarten, daß sämtliche Lithographen und Steindruckere Berlins sich im gleichen Sinne betätigen«.

Leipzig, Allgemeine Versammlung. In der Versammlung aller Sektionen vom 28. September 1917, die sich auch mit der Wahl der Kartelldelegierten zu befassen hatte, wünschte ein Kollege eine Meinungsäußerung der Versammlung darüber, welche Haltung sie in dem am Orte bestehenden Streit mit dem Gewerkschaftskartell einnehme und ob die Mitgliedschaft dem Kartell überhaupt noch angehören wolle. Nach ungefähr 1 1/2 stündiger Aussprache, in der für und wieder gestritten wird, stellt Kollege Trotte den Antrag, aus dem Kartell zu scheiden. Für den Antrag stimmen 5 Kollegen. Als Kartelldelegierte werden dann, nachdem alle andern ablehnen, die Kollegen Bergmann, Hofmann, Röhner und Arnold gewählt.

Zum 2. Punkt gab Kollege Herbst Bericht über die 3 Kriegsjahre. Neben Sorge um das Bestehen des Verbandes drückten uns auch heute noch nicht überwundene, schwere Befürchtungen um die Erhaltung der Arbeitsbedingungen. Der jährliche Zusammenbruch unseres Luxus- und Exportgewerbes, ließ diese Befürchtungen naheliegender erscheinen. Wenn nichts von dem geschehen ist, so danken wir es neben einer Reihe besonderer Umstände, den Maßnahmen des Hauptvorstandes bei Kriegsausbruch, vor allem dem guten gewerkschaftlichen Geiste der Mehrzahl unserer Mitglieder, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen die Einheit wahrten und auch zu harten Opfern bereit waren. Daß nicht von allen Mitgliedern solches behauptet werden kann, ist eine Erscheinung, der für die Folge alle Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Die zersetzenden Wirkungen der langen Krisenzeit machen sich bei einem Teile der Mitglieder mehr und mehr bemerkbar. Unsere Schwierigkeiten ergeben sich deutlich bei Betrachtung der Mitgliederbewegung und der Beitragsentnahme. Aus den Ziffern geht hervor, daß von 100 am 1. Juli 1914 vorhandenen Mitgliedern nur noch 27,6 am Orte sind. Das hatte seinen hauptsächlichsten Grund in den starken Einziehungen zum Militär. Interessant sind, die eingetretenen Verschiebungen innerhalb der Sektion. Gegen den 1. Juli 1914 ist der prozentuale Anteil an der Mitgliedschaft am Orte bei den Steindruckern, Lithographen und Lichtdruckern gesunken, bei den Chemigraphen, Formsternern und Halbmitgliedern aber gestiegen. Bei den Halbmitgliedern erklärt

sich das dadurch, daß überhaupt keine Eingezogenen von diesen gestellt wurden; bei den Formsternern und Chemigraphen ist ein größerer Prozentsatz vom Militär zurück gekehrt, als bei den anderen Sektionen. Dadurch ist auch der Prozentsatz der jetzt tatsächlich im Kriege befindlichen Mitglieder bei den Formsternern und Chemigraphen geringer, als ihr Anteil an den vorhandenen Mitgliedern einschließlich der Soldaten. Von den 241 dauernd oder zeitweise vom Militär zurückgekehrten haben 35 oder 14,5 Proz. die Mitgliedschaft nicht forgesetzt. Wir haben es hier ohne Zweifel mit einer bedenkliehen Einwirkung der Kriegsverhältnisse zu tun. Von der Verwaltung wird alles nur irgend mögliche zur Aufklärung der Kriegsteilnehmer getan, soweit wir mit diesen die Verbindung herstellen können. Nicht nur die Zahl der Fälle, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ganz bedeutend gesunken. Der starke Mangel an Arbeitskräften hat verschiedene Dinge gezeitigt, die nicht vorauszusehen waren. Dazu gehört die Beschäftigung von Ersatzarbeitskräften und zwar zumeist von weiblichen. Diese Erscheinung hat uns das 3. Kriegsjahr gebracht. Es kam zu der bekannten Vereinbarung im Chemigraphengewerbe und dann mit dem Schutzverband. Die ganze Sache war von uns glücklicherweise überschätzt worden. Die Zahl dieser Ersatzkräfte in unserm Bereich ist ohne Bedeutung. Für den Steindruck kann das Scheitern der ganzen Angelegenheit festgestellt werden. Anders verhält sich die Geschichte im Lichtdruck bei Röder. Es ist dort zu keiner Vereinbarung gekommen und die Firma kann die weiblichen Drucker auch nach Kriegsschluß behalten, wenn sie Neigung dazu verspürt und die dort beschäftigten Arbeiter sich auch dann noch desselben Verhaltens befleißigen wie bis jetzt. Die Beitragszahlung hat sich gebessert. Normalerweise hätten die drei Kriegsjahre 6300 Arbeitslosenmarken beansprucht, sodaß uns rund 20500 Beiträge verloren gingen. Hierzu kommen noch rund 127 000 Militärowden, was insgesamt einen Beitragsausfall von rund 1/4 Million Mark brachte. Um diese Summe sind der Verband und die Kollegen durch den Krieg ärmer geworden. Der Lehrlingsabteilung wurde ebenfalls alle Aufmerksamkeit gewidmet. Am 1. Juli 1914 waren 336, am 1. Juli 1917 noch 238 Mitglieder vorhanden. Im Ganzen genommen und unter Berücksichtigung der Krisenverhältnisse kann festgestellt werden, daß die Mitgliedschaft sich den Stürmen gewachsen zeigte. Das vieles noch besser werde, muß das Streben jedes guten Mitgliedes sein. Unsere nicht ganz zum Abschluß gekommene Lohnbewegung, über die in Sektionsversammlungen berichtet werden wird, brachte kein genügendes Ergebnis. Immerhin kann vorab festgestellt werden, daß sich die Löhne der Chemigraphen 23 Proz. die der Steindruckere 33 Proz. über den Friedensstand erhoben haben und durchschnittlich reichlich 46,— Mk. betragen. Für Lithographen, Lichtdruckere und Notendruckere ist noch kein Abschluß gemacht und Formensterner sind beruflich während des Krieges nicht mehr beschäftigt. Den jetzigen Lohnstand zu erreichen war eine fürchterliche Arbeit, ihn zu erhalten und noch zu verbessern wird der allergrößten Anstrengungen bedürfen. Gelingt es uns nicht, die diesen Bestrebungen entgegenwirkenden Kräfte auszuschalten, ist das Schlimmste zu erwarten. Beim 3. Punkt der Tagesordnung verließ Kollege Herbst die Abredung vom 2. Quartal 1917, die mit 10374,54 Mk. im Gleichgewicht ist; 3090,16 Mk. konnten der Hauptkasse übermitteln werden.

In der Diskussion bemängelt Kollege Röhner die Höhe der Verwaltungsausgaben in der Hauptredung des Verbandes; es müsse mehr Sparsamkeit geübt werden. Dem wird entgegenget: Die Einnahmen seien wohl stark vermindert, nicht aber läßt sich das mit Ausgaben für Verwaltungszwecke tun. Die Kriegsteilnehmer würden als Mitglieder betrachtet und erhielten die Zeitung, brähten aber keine Einnahmen. Es sei nicht möglich, den Organisationsbetrieb entsprechend der Einnahme auf 33 Proz. einzuschränken. Der Verband müsse über die Kriegszeit gebracht werden und dazu gehöre die Aufrechterhaltung der vollen Organisationsstätigkeit.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung führt Kollege Herbst aus, daß sich eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung am 21. September 1917 mit einigen uns in nächster Zeit berührenden Fragen beschäftigt und auch Beschlüsse gefaßt habe. Dazu gehöre die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit, die infolge notwendiger Ersparungen an Kohlen usw. kommen werde. Nach gründlicher Beratung wurde von den Vertrauensmännern folgende Entschließen gefaßt: »Die Vertrauensmänner Leipzigs bereiten der Durchführung durchgehender Arbeitszeit keine Hindernisse, sind aber der Meinung, daß diese Arbeitszeit viel größere Ansprüche an den Arbeiter stellt und beschließen deshalb: 1. Bei der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit muß eine angemessene Verkürzung derselben, nicht zuletzt infolge von Ernährungsschwierigkeiten eintreten; 2. Der Unternehmer hat um Gelegenheit zur Erwärmung des Mittagessens besorgt zu sein. Als angemessene Verkürzung der Arbeitszeit wird täglich 1/2 Stunde und als Pausen 1/4 Stunde zum Frühstück und 1/2 Stunde zum Mittag angesehen.« Dieser Beschluß ist allen Unterhandlungen mit den Unternehmern zu Grunde zu legen.

Photogr. Mitarbeiter.

Zur Auflösung der Münchener Photographen - Zwangsinnung.

Die Innung wurde auf Antrag ihrer eigenen Vorstandschaft nach 3jährigem Bestand am 25. September 1917 mit 36 gegen 10 Stimmen aufgelöst; mehr als 150 Photographen Münchens waren zu dieser wichtigen Sitzung nicht erschienen.

In der »Münchener Photographischen Kunst« ist diese kurze Notiz anscheinend mit dem Druckfehler des 28. enthalten, denn in unseren Händen ist eine Einladung zu der Innungsversammlung zum 25. September.

Diese kurze Notiz zeigt aber auch wie unangenehm der Schriftleitung der Photographischen Kunst das Verhalten der Münchener Prinzipale gegenüber dem Innungsgedanken ist. Auch dem Zentralverband dürfte diese Interesslosigkeit der Münchener sehr unangenehm sein. Obschon die Münchener Gehilfenschaft dieser Innung keine Träne nachzuweinen braucht, weil sie den Interessen der Gehilfen stets ablehnend gegenüber stand, ist die Gleichgültigkeit der Prinzipale gegenüber jeglicher Organisationsform zu beklagen. Es scheint eine Krankheit des Berufes überhaupt zu sein. Ähnlich wie in München liegen die Dinge in Berlin, wo auch schon die Auflösung der Innung verlangt wird. Ist auch die Organisationsform der Innung und besonders der Zwangsinnung schon längst nicht mehr zeitgemäß, so hätte unseres Erachtens bei gutem Willen und fortschrittlichem Geist sich mit der Gehilfenschaft manche Berufsfrage regeln lassen, aber unserer Prinzipalität geht eine derartige Elastizität, wie sie andere Berufe sich zu ihrem Besten angeeignet haben, leider vollständig ab.

In einer Zeit wo militärische und staatliche Behörden gemeinschaftliche Regelungen der Arbeits- und Berufsverhältnisse in den kriegs- und volkswirtschaftlich wichtigen Berufen fördern, lösen sich bei uns Prinzipalsvereine in Wohlgefallen auf. Wenn man berufliche Förderung zum Besten der Allgemeinheit erreichen will, muß man natürlich kleinliche Konkurrenzinteressen bei Seite lassen. Man darf hierbei auch nicht so verfahren, wie die Münchener Innung bei der Tarifrage in München 1913 und 1914 verfahren ist. Anfang November 1913 reichte die örtliche Gehilfenorganisation an die Zwangsinnung eine wohl vorbereitete Tarifvorlage ein. Die Innung zog die Sache hin und erst am 20. Februar 1914 wurde von einer Prinzipals-Tarifkommission der Innung eine abgeänderte Vorlage an die Gehilfenschaft (den Gehilfen-Ausschuß der Innung) übersandt und zugleich mitgeteilt, daß die Innung direkte Verhandlungen ablehne. Eventuelle Wünsche seien in der diesbezüglichen Innungsversammlung vorzubringen. Die Zulassung von Organisationsvertretern war auf Grund eines telephonisch herbeigeführten Beschlusses der Tarifkommission der Innung (Prinzipale) abgelehnt worden. Hierauf antwortete der Gehilfen-Ausschuß: daß er nach Ablehnung von Verhandlungen der Innung mit den Organisationsvertretern, die Tarifrage als gescheitert betrachte, und die Sache dem Gaurvostand des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und ver-

wandten Berufen zur weiteren Verfolgung übergebe. Dies war der Innung anscheinend doch nicht ganz angenehm. Denn in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Jahresbericht der Innung wurde aus der Generalsammlung vom 13. Mai 1914 in der »Münchener Post« berichtet: »Eine Einigung mit dem Gehilfenverband konnte nicht erzielt werden, neue Verhandlungen ständen aber in Aussicht«. Das war eine »bewußt falsche Berichterstattung. Denn der Gehilfen-Ausschuß konnte am 30. Mai in der »Münchener Post« wahrheitsgetreu mitteilen, »daß Tarifverhandlungen mit dem Gehilfenverband überhaupt nicht geführt wurden, um deswillen eine Einigung nicht erfolgen konnte. Ein Gesuch mit der Vertretung der Gehilfenschaft bezüglich Tarifverhandlungen in Verbindung zu treten, wurde von der Mitgliederversammlung der Zwangsinnung abgelehnt. Die Bemerkung, daß neue Verhandlungen in Aussicht stehen, ist daher nicht zutreffend. Der Gehilfenverband war bisher in aufrichtiger Weise bestrebt auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen«. Inzwischen, am 26. Mai, also zu derselben Zeit, als der berichtige Artikel an die »Münchener Post« ging, teilte die Innung mit, daß sie erneut wegen des Tarifes verhandeln wolle. Aber immer noch ohne Angabe, ob sie die Gehilfen-Vertreter zulassen wolle. Diese ganze Spiegelfechterei veranlaßte denn auch die Gehilfenversammlung am 9. Juli 1914 eine Verhandlung auf Grund der Prinzipals-Vorlage, die den Gehilfen jede Möglichkeit der Verständigung ausgesprochen erscheinen ließ, abzulehnen. Damit war die Tarifrage in München erledigt. Der bald danach ausbrechende Krieg machte ein weiteres Vorgehen unmöglich. Es scheint, als ob in der ablehnenden Haltung gegenüber der Gehilfenorganisation im Senefelderbund System liegt. Weder in Stuttgart, München und Berlin hat man sich bisher herbeigelassen mit dieser zu verhandeln. Eine Ausnahme machte nur der Innungsvorstand Berlin unter Herrn Lichte, der ja deswegen auch den bekannten Angriffen ausgesetzt war. Im Rheinisch-Westfälischen Industrie-Revier wußte der dortige Gehilfen Sonderverband durch die Drohung, sich dem Senefelderbund anzuschließen, die Prinzipals-Organisation resp. Innung zum Abschluß einer sogenannten Arbeitsordnung zu veranlassen. Wenn man also mit dem Senefelderbund auch nicht verhandeln will, so bangt man doch vor dem Anschluß der Gehilfenschaft an denselben. Wir vermuten nicht fehl zu gehen, wenn wir diese Stellungnahme Anweisungen des Zentralverbandes zuschreiben.

Wie weltfremd gegen die heutigen Organisationsnotwendigkeiten zeigen sich hier die leitenden Kreise. Sie erweisen aber auch den angeschlossenen Innungen und Vereinen keinen guten Dienst. Im Einvernehmen mit der Gehilfenorganisation können die Berufsfragen und Interessen nur gewinnen. Auf derartigen Aufgaben bauend, wäre auch die Münchener Zwangsinnung nie zur Auflösung gekommen. Positive Arbeit hätte sie garnicht dazu kommen lassen. Aber dann muß man auch mit modernem Geist besetzt sein und sich nicht von solchen Äußerungen leiten lassen, wie sie der Referent Pökel in der Münchener Innungsversammlung bei der Berichterstattung über die Tarifrage zum Ausdruck brachte. Er bemerkte unter anderem, »einen Mehraufschlag für Überstunden könnten die Meister

nicht erschwigen. Sonntagsarbeit sei wie bei der Post und Eisenbahn bei den Photographen selbstverständlich«. Das erstere ist sogar bei den zurückgebliebenen Berufen (siehe den unter Mithilfe der Bayer. Militärbehörde zustande gekommenen Tarif der Sägereiarbeiter) als selbstverständlich angenommen. In einem Kunstgewerbe sollen aber die Meister das nicht tragen können. Sollten sich die Photographen-Prinzipale nicht selbst über dieses schlechte Zeugnis für den Wert ihrer Arbeit schämen? Dann scheint aber auch dem Referenten unbekannt zu sein, unter welchen Voraussetzungen seinerzeit die Vertreter der Photographen-Vereine die Ausnahmestimmungen zur Sonntagsruhe für das Photographengewerbe forderten — und dann, sind es immer noch Ausnahmestimmungen. — Auch Herr Traut zeigte sich im Gegensatz zu seiner sonstigen Form aggressiv. Er meinte, wenn die Gehilfen streiken wollten, sollten sie es nur tun, denn wenn 150 Gehilfen nach München gesandt würden, kämen 300. Sich selbst wollen die Herren durch alle möglichen Kleinlichkeiten die Konkurrenz vom Halse halten. Den Gehilfen gegenüber aber ihre Kollegen als Konkurrenz benutzen. Die Abänderungs-Vorschläge der Münchener Innung zum Tarif hatten Bestimmungen, die einem heute wie aus einer fremden Welt amunten. So die Vorschrift einer anständigen Kleidung für die Gehilfen. Obschon die Löhne des Tarifvorschlags der Prinzipale längst überholt sind, dürften sie heute für eine anständige Kleidung nicht im Entferntesten ausreichen. Es verlohnt sich heute nicht mehr auf weitere Einzelheiten der Prinzipals-Tarifvorlage einzugehen. Wir wollen nur andeuten, wie rückständig große Kreise unseres Berufes sind. Sollte sich doch eine auf hoher künstlerischer Arbeit stehende Prinzipalität aus ihrer Gehilfenschaft gegenüber nicht so engherzig zeigen. — Wir trauern um die Münchener Zwangsinnung nicht, wollten aber darlegen, an welchem Geist sie zu Grunde gegangen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß sich dann die Münchener Prinzipalität wieder zusammenfindet, sobald die Gehilfenschaft die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen fordert. Möge sich dann mehr Verständnis für die zeitgemäßen Fragen des Berufes bei der Münchener Prinzipalität zeigen, und die Lehren des Krieges nicht vergebens sein. Die Gehilfenschaft möge sich die Worte des Herrn Traut zur Warnung dienen lassen und durch straffe Organisation den Zuzug nach München regeln, damit sie den Prinzipalen nicht vogelfrei gegenüber steht. Nun muß erst recht die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt werden, aber unter anderen Voraussetzungen wie vor dem Kriege. w. h.

Kopierer, Zinkretuscheur und Farbätzer

werden gesucht.

Labisch & Co., Berlin,
Schicklerstraße 5.

Totenliste.

1917.

† Am 24. Juli in München **Hans Greulich**, Lichtdrucker aus Heidelberg, 58 Jahre alt, an Herzlähmung. — Eingetreten in München am 17. Mai 1908.

† Am 2. August in Berlin **Willy Axt**, Steindrucker aus Stötteritz bei Leipzig, 23 Jahre alt, an schwerem Lungenleiden, krank 14 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 4. Februar 1917.

† Am 15. August in Stuttgart **Rudolf Klump**, Steindrucker aus Stuttgart, 76 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 9. Januar 1904. — Eingetreten in Fürth am 1. April 1885.

† Am 16. August in Nürnberg **Johann Derrer**, Steindrucker aus Fürth, 46 Jahre alt, an Tuberkulose, krank 95 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Fürth am 25. September 1888.

† Am 26. August in Berlin **Paul Männel**, Lithograph aus Liebertwolkwitz bei Leipzig, 49 Jahre alt, an Lungenentzündung und Herzschwäche, krank 5 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 8. Dezember 1896.

† Am 28. August in Karlsruhe **Christian Heindl**, Steindrucker aus Karlsruhe, 73 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 30. Oktober 1904. — Eingetreten in Karlsruhe am 1. Januar 1893.

† Am 29. August in Bonn **Johann Krämer**, Steindrucker aus Bonn, 46 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 15 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Köln am 2. Juli 1905.

† Am 3. September in Dresden **Magdalena Hummel**, Photographin aus Dresden-Trachau, 23 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 6 Wochen. — Eingetreten in Brandenburg am 14. Januar 1912.

† Am 7. September in Frankfurt a. Main **Johann Stackemann**, Lithograph aus Frankfurt a. Main, 66 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 50 Wochen. — Eingetreten in Frankfurt a. Main am 1. Januar 1893.

† Am 7. September in Nürnberg **Johann Hüpfner**, Steindrucker aus Nürnberg, 66 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Gasvergiftung. — Eingetreten in Nürnberg am 1. Januar 1893.

† Am 12. September in Berlin **Kurt Goedecke**, Chemigraph aus Herborn, Kreis Wiesbaden, 40 Jahre alt, an Nierenentzündung und Arterienverkalkung, krank 12 Wochen. — Eingetreten in Hirschberg i. Schl. am 15. März 1908.

† Am 13. September in Barmen **Hermann Schäfer**, Steindrucker aus Barmen, 19 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 41 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Barmen am 2. Juli 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1916).

† Am 21. September 1917 in Berlin **Jakob Stürzer**, Chemigraph aus Aubing b. München, 40 Jahre alt, an Gehirnerweichung, krank 65 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 2. Juli 1905.

† Am 27. September in Berlin **Theodor Heese**, Steindrucker aus Berlin, 76 Jahre alt, an Herz- und Altersschwäche. Invalide seit 1. Januar 1903. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 12. Oktober in Nürnberg **Karl Dentler**, Steindrucker aus Nürnberg, 45 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 41 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Nürnberg am 1. Januar 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedbuchs und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, Rufnummern, Geburtsort und -jahr mitteilen. Der Hauptvorstand.